

20. JUNI 2023

Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!

Weltflüchtlingstag

Aktionstag:

Alle, immer, überall - Jede Form von sozialer Ausgrenzung beenden!

Demonstrationshinweise auf der Rückseite

Am 20. Juni ist Weltflüchtlingstag.¹ Nach dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen UNHCR befinden sich 103 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. 42 Prozent sind Kinder. Lediglich 9 Prozent erreichen den europäischen Kontinent. Die meisten sind Binnenvertriebene².

Grund- und Menschenrechte gelten IMMER

Im UN-Sozialpakt sind wirtschaftliche, soziale und kulturellen Rechte völkerrechtlich verbindlich geregelt. Diese gelten immer, denn nach Artikel 25 des Grundgesetzes sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Teil des Bundesrechts. Sie gehen den Gesetzen vor. Mit der EU-Massenzustromrichtlinie für ukrainische Geflüchtete hat Europa bewiesen, dass ein direkter Zugang zu sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechten unmittelbar nach der Ankunft in den einzelnen Ländern möglich ist. Jedoch unterliegen Geflüchtete aus anderen Ländern weiterhin dem ausgrenzenden Asylbewerberleistungsgesetz. Grundlegende soziale Rechte, wie das Recht auf Arbeit, auf eine selbstbestimmte Ernährung, auf die bestmögliche medizinische Versorgung und auf einen angemessenen Wohnraum werden ihnen verweigert. Bereits 1998 haben Geflüchtete und NGOs in einem Bericht an die Vereinten Nationen in Genf auf die prekäre und ausgrenzende Lebenssituation, in die sie durch das Asylbewerberleistungsgesetz gezwungen werden, aufmerksam gemacht³. Daraufhin wurde Deutschland gerügt: „Der Ausschuss ersucht den Vertragsstaat, unverzüglich Maßnahmen gesetzgeberischer oder anderer Art zu ergreifen, um die Situation der Asylbewerber... zu verbessern.“⁴ Das Asylbewerberleistungsgesetz besteht weiterhin.

Gleiche Rechte für ALLE

Derzeit erleben wir in Deutschland eine Auseinandersetzung über den sozialrechtlichen Status von geflüchteten Menschen – wie vor 30 Jahren, als 1993 das Grundrecht auf Asyl beschnitten und das ausgrenzende Asylbewerberleistungsgesetz verabschiedet wurde. Dass gleiche Rechte für alle gelten, wird heute erneut infrage gestellt. Konserva-



tive Politiker:innen, allen voran Ministerpräsident Kretschmer, führen eine populistische, national ausgerichtete Debatte, die von etablierten Medien bereitwillig aufgegriffen und verstärkt wird. Kretschmer schlägt eine Kommission vor, „hinter dem sich Bund und Länder versammeln können und zu der auch eine Grundgesetzänderung gehören könnte.“⁵ Angegriffen wird die Höhe der Sozialleistungen für Geflüchtete. Die Vorschläge von Kretschmer sind nicht neu, dass er jedoch eine Grundgesetzänderung ins Spiel bringt, hat eine neue Qualität. Ähnlich skandalös äußerte sich jüngst Jens Span, u.a. in der Talkshow Markus Lanz⁶. Wenn Unionspolitiker in der Migrationsfrage die Abschaffung von Menschenrechten, rechtswidrige Zurückweisungen und die Rückkehr zur nationalen Abschottung fordern, verkommt die viel beschworene „Brandmauer“ nach rechts zu leerem Gerede.

1 <https://www.unhcr.org/dach/de/aktiv-werden/weltfluechtlingstag>

2 <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingzahlen>

3 <https://www.aktionbleiberecht.de/blog/wp-content/uploads/2023/02/Bericht-von-SAGA-an-die-UN.pdf>

4 Economic and Social Council, Distr. GENERAL UNEDITED VERSION E/C.12/1/Add.29, 4. December 1998

5. <https://twitter.com/MPKretschmer/status/1663129606218473474>

6. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lanz-spahn-stellt-fluechtlingskonvention-infrage-100.html>; https://twitter.com/RA_MLehnert/status/1663615270357725185

Menschen haben Rechte, ÜBERALL

Kretschmer und Co missachten nicht nur menschenrechtliche Grundsätze, sondern auch die Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts. Artikel 1 des Grundgesetzes („Die Würde des Menschen ist unantastbar“) und Artikel 20 (das Sozialstaatsgebot) begründen das menschenwürdige Existenzminimum, das allen Menschen zusteht, die in Deutschland leben. 2012 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass dieses Existenzminimum überall gilt – auch für Geflüchtete in Sammelunterkünften. Denn: „Die in Art. 1 Abs. 1 GG garantierte Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“⁷. Das Gericht erklärte die pauschale Kürzung der Leistungen für Asylsuchende, die zudem zwischen 1993 und 2012 nicht erhöht wurden, für verfassungswidrig. Wenn Ministerpräsident Kretschmer nun eine Grundgesetzänderung ins Spiel bringt, betrifft das nicht das Asylrecht (Art. 16a), denn hierauf kann sich seit 1993 in Deutschland fast niemand mehr berufen. Vielmehr stellt er das Sozialstaatsgebot (Art. 20), das in Verbindung mit GG Art. 1 für alle Menschen in Deutschland gilt, infrage⁸. Wir sagen: Nicht das Grundgesetz gehört geändert, sondern das Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft!

Die Kampagne für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes tritt dafür ein, dass die sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechte, die im UN-Sozialpakt verankert sind, IMMER für ALLE und ÜBERALL gelten und ausgeübt werden können. Auch die UN-Kinderrechtskonvention muss vorbehaltlos für alle Kinder gelten. Denn: Grund- und Menschenrechte kennen keine Obergrenzen!

Dafür treten wir ein und gehen am Weltflüchtlingstag auf die Straße. Für die ersatzlose Streichung des Asylbewerberleistungsgesetzes und gegen jede soziale Ausgrenzung!

MITMACHEN bei der Kampagne für die Abschaffung des hier werden die Aktionen und Veranstaltungen der Gruppen/Städte veröffentlicht, die sich an der Kampagne für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes beteiligen.

⁷ https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2012/07/ls20120718_1bvl001010.html
⁸ <https://twitter.com/MXPichl/status/1663248238361624576>

Hier werden die Aktionen und Veranstaltungen der Gruppen/Städte veröffentlicht, die sich an der Kampagne für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes beteiligen.

DEMONSTRATIONEN in:



Vom 5. bis zum 11. Juli 2023 sind Social-Media-Aktionstage für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes geplant. Aktuelle Informationen gibt es bei:

info@asylbglg-abschaffen.de | <https://asylbewerberleistungsgesetz-abschaffen.de/>